

Bund Naturschutz Burghausen

Fragen zur Kommunalwahl 2026

Die Reihenfolge der Antworten ergab sich je nach Datum des Eingangs beim BN.

- 1. Im Jahr 2024 wurde von der Stadt Burghausen ein umfangreicher Maßnahmenkatalog für mögliche kommunale Klimaschutz-Maßnahmen erstellt. Die Realisierung der Fernwärme für Burghausen als besonders wichtige Maßnahme wurde bereits begonnen. Welche weiteren Maßnahmen aus dem 2024 erstellten Maßnahmenkatalog halten Sie für wichtig und in welchem konkreten Zeitrahmen sollen diese realisiert werden?**

Antworten:

1.1 Stefan Niedermeier / UWB

Handlungsfeld Stadtplanung → Nachverdichtung, und zwar nicht nur an einzelnen ausgewählten Stellen. Dabei spielt auch immer das Stadtbild eine wichtige Rolle.

Handlungsfeld Bauwesen → Energieeffizienz der städtischen Liegenschaften erhöhen (Investitionsplan)

Erhalt des Citybus – Angebots → schwierig genug

Nutzung der Wasserkraft → bisher vernachlässigt

Reduktion der Printprodukte/Digitalisierung der Werbung

Fortführung wichtiger Projekte wie Fernwärme

Thema Nahwärme im Blick behalten

Alle – Umsetzung fortlaufend

1.2 Klaus Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Der Ausbau des Fernwärmennetze hat unbedingte Priorität. Für weitere große Aktionen fehlt im Stadthaushalt aktuell das nötige Geld. In der Altstadt könnte übergangsweise ein Blockheizkraftwerk errichtet werden, welches mit Hackschnitzel, aus dem in Besitz der Stadt befindlichen Waldflächen beheizt werden könnte. So bietet man den Hausbesitzern eine Alternative, bis die Altstadt an das Fernwärmennetz angeschlossen werden kann. Das entsprechende lokale Fernwärmennetz kann so bereits in den nächsten Jahren aufgebaut werden und muss dann nur noch umgeschlossen werden. Das BHKW kann dann weiterhin als Redundanz dienen.

1.3 Stefan Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Sinnvoll wäre eine Wiedereinstellung einer/s Klimaschutzmanager/in, die ja gefördert wird, aber trotz dieser Möglichkeit von großen Teilen des Stadtrats nicht weiterverfolgt wurde. Für eine umfassende Sanierung von städtischen (aber auch privaten) Gebäuden könnte so eine koordinierende Umsetzung erfolgen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die energetische Sanierung des Hallenbades, in der Folge des Beschlusses, aus statischen Gründen das Dach neu aufzusetzen.

Darüber hinaus wäre ebenso das Dach des Stadtsaals endlich anzugehen, da hier viel Energie verloren wird. Außerdem ist im privaten Bereich damit verbunden den innerstädtische Leerstand vor einem reinen Neubau auf bis jetzt unerschlossenen Flächen vorzuziehen, so dass bereits genutzte Gebäude mit verringertem Energie- und CO₂-Verbrauch aufgewertet werden. In diesem Zusammenhang wären ebenso Entsiegelungs- und Bepflanzungsmaßnahmen als Reaktion auf die zunehmende Klimaerwärmung zu sehen. Ebenso wie die Verbesserung des Radnetzes. Mindestens mittelfristig wäre auch eine Stadtklimaanalyse wichtig, um weitere Maßnahmen gezielt zu erforschen und gemäß den Ergebnissen umzusetzen.

1.4 Florian Schneider / SPD

Alle aufgestellten Maßnahmen sind wichtig, müssen aber priorisiert werden. Neben der Fernwärme sind energetische Sanierungen ein Kernpunkt. In den vergangenen Jahren wurden schon viele Wohngebäude der BuWoG (u.a. Vollmerstraße), öffentliche Gebäude (Wöhler KiTa, Stethaimer Schule) energetisch saniert. Dieser Weg wird fortgesetzt. Mit der Sanierung des Hallenbades kommt jetzt ab Februar 2026 die größte energetische Sanierung aller städtischen Gebäude hinzu. Wir erwarten durch die Maßnahme eine Reduzierung des Energieverbrauchs um etwa ein Drittel. Parallel dazu verfolgen wir bei der Neustadtgestaltung ausgehend vom Areal Salzachzentrum das Schwammstadt-Prinzip, so dass grüne klimaresiliente Orte mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen werden. Ebenso erfolgt eine ausgewogene Ordnung der Mobilität mit guten sicheren Radwegen, breiten Fußwegen, Platz für den ÖPNV und für fließenden Autoverkehr.

1.5 Norbert Stranzinger / CSU

Es wurde in finanziell guten Jahren ein Maßnahmenkatalog für ein Klimaschutzkonzept in Auftrag gegeben und im Stadtrat sehr ambivalent diskutiert. Es wurden etwas mehr als 60 Punkte beschrieben und bewertet. Themen wie Stadtplanung, Bauwesen, Mobilität, Infrastruktur, Stadtwerke, Kultur und Tourismus und Beschaffung standen auf der Agenda. Leider haben wir als Stadt eine enorme Delle an Gewerbesteuereinnahmen hinzunehmen. Somit sind die meistens sehr kostenintensiven Vorhaben sicherlich nicht zeitnah zu bewerkstelligen. Allerdings sei bemerkt, dass viele Wohngebäude der BuWoG (z.B. Vollmerstraße), sowie öffentliche Gebäude (Wöhler KiTa, Stethaimer Schule) energetisch saniert wurden. Die größte, energetische Sanierung läuft gerade beim Hallenbad.

- 2. Vor der letzten Kommunalwahl im Jahr 2020 haben sich alle Bürgermeisterkandidaten auf unsere Anfrage hin (außer dem CSU-Kandidaten, der nicht geantwortet hat) für eine Parkraum-Bewirtschaftung ausgesprochen. Tatsächlich ist diese Parkraumbewirtschaftung in den letzten 6 Jahren nicht realisiert worden. Werden Sie in den kommenden Jahren nun Parkgebühren in Tiefgaragen einführen oder nicht?**

Antworten:

2.1 Stefan Niedermeier / UWB

Ja, aber nicht nur in den Tiefgaragen. Insgesamt muss das Konzept stimmen!!

2.2 Klaus Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Eine sinnvolle Parkraumbewirtschaftung ist längst überfällig. Der Unterhalt der stadteigenen Tiefgaragen belastet den Stadthaushalt über die BUWOG jährlich mit über 500.000 Euro. Angesichts der derzeit sehr kritischen Finanzlage der Stadt ist dieser Aufwand schnellstmöglich durch eine geregelte Parkraumbewirtschaftung auszugleichen. Um die Innenstadt jedoch als attraktive Einkaufsstadt zu erhalten, müssen zwei Stunden kostenloses Parken weiterhin möglich sein. Zudem ist eine ausreichende Anzahl oberirdischer Parkplätze für Kurzzeiteinkäufe unbedingt zu erhalten.

2.3 Stefan Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Die grüne Stadtratsfraktion hat sich ganz klar über die letzten Jahre hinweg für eine Parkraumbewirtschaftung ausgesprochen. Im Zusammenhang mit der Errichtung von weiteren Tiefgaragenplätzen unter dem neuen Gebäude des Salzachareals der VR-Bank haben wir auf die zwingende Notwendigkeit der spätestens dort zu beginnenden und dann weiter ausgreifenden Parkgebühren mehrfach hingewiesen, denn die Stadt Burghausen mietet hier eine große Zahl an Stellplätzen an, um den Bau dieses Gebäudes voranzutreiben. Aufgrund der in absehbarer Zeit anstehenden Sanierungsmaßnahmen für die bereits bestehenden städtischen Tiefgaragen sind dafür mit den eingenommenen Gebühren entsprechende Rückstellungen für diese Arbeiten vorzunehmen. Hierfür sind in den vergangenen Jahren zu wenig Gelder zurückgelegt worden. Genau genommen hat Burghausen bereits eine Parkraum-Bewirtschaftung, denn eine Bewirtschaftung bedeutet ja zu allererst, dass die jeweilige Parkzeit beschränkt wird. Das bedeutet nicht, dass damit sofort Kosten verbunden sind. Für eine längere Parkdauer würden dann Gebühren fällig, deren Höhe ja nach der Nähe zur Innenstadt angepasst werden kann. Die allermeisten Parkplätze in Burghausen werden auch in Zukunft kostenlos bleiben. Für Anwohnerinnen und Anwohner kann ein Ausbau der Parkraumbewirtschaftung Vorteile haben, weil sie mit einem Parkausweis bessere Möglichkeiten haben.

2.4 Florian Schneider / SPD

Der neue Stadtrat wird über ein Parkraummanagement entscheiden. Ich bin für eine ausgewogene Mischung aus kostenlosen Parkmöglichkeiten (z.B. Messeplatz, Park und Ride, Finanzamt), kostenpflichtigen Stellplätzen (Tiefgaragen, Innenstadt) mit der Möglichkeit auch hier eine begrenzte Zeit kostenlos parken zu können (z.B. bis zu einer Stunde) und einer guten Regelung für Anwohnerparken.

2.5 Norbert Stranzinger / CSU

Mit diesem Thema wird sich der neu gewählte Stadtrat beschäftigen müssen. Die CSU Fraktion hat sich in den letzten Jahren gegen kostenpflichtiges Parken ausgesprochen. Wenn das VR Bank Areal fertig gestellt und die neue Tiefgarage seiner Bestimmung übergeben wird, kommt die Forderung nach einer Parkraubewirtschaftung sicherlich wieder aufs Tablett. Es ist aber dabei zu unterscheiden, ob man von öffentlichen Parkplätzen spricht oder vom Anwohnerparken. Hier braucht es eine vernünftige Regelung.

- 3. Vor der letzten Kommunalwahl im Jahr 2020 haben sich alle Bürgermeisterkandidaten (außer dem CSU-Kandidaten) für eine Verbesserung des Radwegenetzes in Burghausen ausgesprochen. Welches konkrete, durchgängige neue Radwegenetz soll nun ab 2026 tatsächlich in Burghausen realisiert werden und welches jährliche Budget veranschlagen Sie dafür?**

Antworten:

3.1 Stefan Niedermeier / UWB

Bestand ausreichend, keine Priorität
Bestandserhaltung des Radwegenetzes spielt bei schwieriger Haushaltslage die größere Rolle!

3.2 Klaus Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Klaus Schultheiß als aktueller Stadtrat hat sich sehr für den Ausbau eines durchgängigen Radweges von Burghausen über Raitenhaslach nach Tittmoning eingesetzt. Auf Grundlage eines Förderprogrammes war diese Investition vom Stadtrat bereits beschlossen. Gesamtkosten 470.000.— € Förderanteil 70 %, Eigenanteil 30 % =141.000--. Dieser Beschluss wurde einige Monate später von der rotgrünen Stadtratsmehrheit wieder rückgängig gemacht und eine Minimalsanierung auf eigene Kosten in Höhe des Eigenanteils beschlossen. An weiteren scheinheiligen Debatten und Forderungen möchten wir uns deshalb nicht weiter beteiligen. Wir sehen die Notwendigkeit eines Ausbaus der Radwege und werden dies bestmöglich unterstützen.

3.3 Stefan Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Die im Salzachzentrum investierten Anmietungen von Stellplätzen durch die Stadt sollten fairerweise ebenso in einer angemessen vergleichbaren Höhe für Radfahr- und Fußgängerverkehr ausgegeben werden. Wenn damit die Errichtung zusätzlicher Parkplätze vermeidbar ist, wird so zukünftig sogar Geld eingespart. Das wären somit eigentlich ca. 700000 Euro im Jahr, deutlich mehr als momentan. Damit wären neben dem Lückenschluss v.a. in der Robert-Koch-Straße zum Beispiel weitere wichtige Arbeits-, Einkaufs und vor allem Schulwege entscheidend, zum Beispiel die Wackerstraße oder die Unghauser Straße.

Bei einem wichtigen Verbindungsstück waren wir mit unserem grünen Vorschlag bereits erfolgreich, nämlich bei der Radwegeverbesserung unter der neu zu errichtenden Eisenbahnbrücke am Ortseingang von Burghausen Nähe Polizei). Nachdem die Idee der Fahrradstraße von einem Großteil des Stadtrats nicht weiter verfolgt wurde, müssen andere Maßnahmen für mehr Sicherheit für Rad- und Fußverkehr verstärkt werden. Dazu gehören sichere Querungen von und über Straßen, Tempoverlangsamung oder die Weiterführung plötzlich endender Radwege, wie etwa in der Adalbert-Stifter-Straße.

3.4 Florian Schneider / SPD

Die Neustadtgestaltung ausgehend vom Areal Salzachzentrum ist eines der größten Projekte der kommenden Jahre mit einer Investition von über 18 Mio. Euro und beantragten Zuschüssen der Städtebauförderung von etwa 10 Mio. Euro. Sichere und gute Radwege sind ein zentrales Element. Die finanzielle Lage der Stadt zwingt uns, keine weiteren großen Projekte anzugehen, sondern Prioritäten zu setzen. Gerade in den parallel zu den großen Straßen verlaufenden Verbindungen haben wir gute Möglichkeiten. Insbesondere in der Robert Koch Straße müssen wir besser werden.

3.5 Norbert Stranzinger / CSU

Das Thema Radwegenetz beschäftigt den Stadtrat seit Jahrzehnten. Es wurde in den letzten Jahren auch schon vieles verbessert und ausgebaut. Aus meiner Sicht ist es nicht sinnvoll auf „Gedeih und Verderb“ ein lückenloses Radwegenetz zu installieren. Zumal uns die finanzielle Lage dazu zwingt hier Tempo raus zu nehmen. Ich verweise auch darauf, dass es bei vielen Hauptverkehrsachsen Nebenstrecken als gute Alternative gibt.

- 4. Vor der letzten Kommunalwahl im Jahr 2000 haben sich Florian Schneider (SPD) und Stefan Niedermaier (UWB) für einen verbesserten Fahrplan des Citybus mit der langfristigen Perspektive der Kostenfreiheit ausgesprochen. Welche konkreten Schritte und Meilensteine planen Sie bis 2030, um den verbesserten Fahrplan und die Kostenfreiheit des Citybusses zu erreichen?**

Antworten:

4.1 Stefan Niedermeier / UWB

Erhalt des bisherigen Angebotes schwierig genug !

4.2 Klaus Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

An sich ist dies ein erstrebenswertes Ziel, jedoch aufgrund der aktuellen Haushaltslage nicht verantwortbar. Der Citybus wird bereits in der aktuellen Tarifstruktur jährlich mit einem hohen sechsstelligen Betrag von der Stadt Burghausen gefördert. Eine Monatskarte kostet z. B. nur 15.-- €. Unser

Augenmerk sollte daraufgelegt werden, dass wir bei dem Beitritt des Landkreises zum MVV die Tarifhoheit über den Citybus als Stadt Burghausen behalten. Ansonsten werden sich die Fahrpreise massiv erhöhen.

4.3 Stefan Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Eine angepasste Taktung des Citybusses und beispielsweise die bessere Verbindung von Altstadt und Neustadt durch mehr ÖPNV ist ein wichtiger Schritt für eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Verkehrs. Dazu kann auch eine intensivere Einziehung neuer Wohnquartiere (vgl. Burgkirchener Straße) oder wichtiger Örtlichkeiten (Sportpark mit Schwimmbädern) dienen.

Durch eine mögliche Teilnahme des Landkreises Altötting am MVV könnten sich bezüglich der Kostenfreiheit im Citybus neue Fragen ergeben. Daher wäre auch vor dem Hintergrund des Deutschlandtickets sowie der städtischen Finanzen v.a. im Jahr 2026 zunächst und vorrangig die Übernahme der Buskosten für die dafür besonders in Frage kommende Bevölkerung vorzusehen, also ältere Menschen mit geringer Rente, Kinder/ Jugendliche und wirtschaftlich nicht so gut gestellte Familien oder Personen. Bei einer Verbesserung der Steuereinnahmen bis 2030 sind möglichst schnell allgemeine Preisnachlässe oder Kostenfreiheit, v.a. am Wochenende vorzunehmen.

4.4 Florian Schneider / SPD

Wir haben in den letzten Jahren den Citybus entscheidend verbessert. Die Bedienzeiten wurden ausgeweitet (u.a. Montag bis Samstag bis 20 Uhr, ganzjähriger Abendbus bis 23 Uhr Donnerstag bis Samstag), die Taktung verbessert (auch Samstag durchgehend Halbstundentakt), Haltstellen digitalisiert und die Preise attraktiver gestaltet. Auch mit der zuletzt durchgeführten Preiserhöhung ist das Monatsticket mit 15 Euro sehr günstig (vor der neuen Preisstruktur kostete es 23 Euro). Einen kostenlosen Citybus halte ich derzeit für nicht finanzierbar, die Kosten vor der letzten Preiserhöhung lagen bei etwa 1,1 Mio. Euro jährlich für die Stadt und würden natürlich bei völliger Kostenfreiheit noch deutlich weiter steigen.

4.5 Norbert Stranzinger / CSU

Die Citybus Linien wurden in den vergangenen Jahren sukzessive optimiert. Eine Ausweitung der Fahrzeiten auf 23 Uhr (Donnerstag und Samstag) ist umgesetzt. Die Preisstruktur ist sehr moderat. Ich möchte aber auch davor warnen, eine Diskussion über einen kostenlosen Citybus zu entfachen. Die Stadt Burghausen beteiligt sich derzeit bereits mit über 1 Million €.

- 5 Da mittelfristig nicht mit einem Bau einer Ortsumgehung von Burghausen zu rechnen ist, stellt sich die Frage, wie nun die Lärmbelastung für Anwohner der Burgkirchner Straße reduziert werden kann. Die Einführung von Tempo 30 oder 40 wäre eine schnell realisierbare Maßnahme ohne nennenswerte Kosten. Unterstützen Sie diese Forderung, die für die Anwohner der Burgkirchner Straße eine schnelle Reduzierung der Lärmbelastung erwirken kann?**

Antworten:

5.1 Hr. Niedermeier / UWG

Nein, die Burgkirchener Straße bleibt eine wichtige Straße mit Verbindungsfunction.

5.2 Hr. Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Wir halten ein Tempolimit von 30 km/h für die Burgkirchener Straße für nicht zielführend. Bei der genannten Straße handelt es sich um eine der Hauptverkehrsachsen der Stadt Burghausen. Die Straße wurde generalsaniert und zur Bundesstraße aufgewertet. Die Sanierung und auch umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen hatten bereits eine Reduzierung des Lärmpegels zur Folge. Weiterhin befinden sich im Bereich der Straße keine Kindergärten, Schulen oder Seniorenheime, was eine zumindest abschnittsweise Reduzierung der Geschwindigkeit rechtfertigen würde. Gegen eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf Neben- und Wohnstraßen, nach individueller Prüfung, haben wir keine Einwände.

5.3 Hr. Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Nachdem die von den sogenannten „Heimatabgeordneten“ immer wieder beschworene Unterstützung von Ortsumfahrungen im Landkreis gerade vor Wahlkämpfen nicht ernsthaft erfolgt ist, wurde die Ortsumfahrung Burghausen am 2.12.25 vom derzeitigen Verkehrsminister Schnieder nicht bei der Vergabe der Bundesgelder bedacht. Daher sollten so schnell wie möglich Lärm und Abgase gerade in der Burgkirchener Straße reduziert werden. Hierzu hat die grüne Stadtratsfraktion schon vor zehn Jahren eine Temporeduzierung gefordert. Mit der Forderung zum Beitritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ haben wir den Anschluss an progressive und bewohner/innenfreundliche Kommunen betont. Es gibt seit März 2025 eine neue Vorschrift zur StVO, mit deren Hilfe die Städte mehr für ÖPNV, Fußgänger- und Radverkehr tun können, allerdings besteht noch Bedarf bei der Flexibilisierung der Höchstgeschwindigkeiten.

Daher unterstützen wir schon lange eine sofortige Verringerung des Lärms und der Abgase, nicht nur in der Burgkirchener Straße, durch eine Anpassung der Geschwindigkeiten. Gleichzeitig wird dadurch nämlich eine deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit ermöglicht, weil zum Beispiel der Bremsweg kürzer ist.

5.4 Florian Schneider / SPD

Ich bin für die Ortsumfahrung und gehe davon aus, dass 2026 das Planfeststellungsverfahren beginnen kann und dann hoffentlich auch schnell der Bau der Straße erfolgt. Die Burgkirchener Straße ist eine Bundesstraße (B20), so dass nicht die Stadt Burghausen sondern das Staatliche Straßenbauamt zuständig ist. Ich gehe davon aus, dass eine Tempo 30 Regelung rechtlich wohl nicht haltbar wäre.

5.5 Norbert Stranzinger / CSU

Meine Position in der Frage ist völlig klar. Seit ich im Stadtrat bin liegt mir eine Ortsumgehung am Herzen. Es ist meines Erachtens viel zu viel Zeit vergangen, um dieses Projekt zu realisieren. Die „Verträstungspolitik“ kann ich nicht akzeptieren. Ich bin ganz klar der Meinung, dass wir eine Ortsumfahrung benötigen. Das habe ich in meinem Wahlkampf 2008 mehrfach gefordert. Tempo 30 auf der Burgkirchnerstraße halte ich für nicht sinnvoll.

- 6 Burghausen verwendet überwiegend nitratarmes Trinkwasser aus dem Weilhartforst. Die Burghauser Brunnen fördern Wasser mit deutlich höherem Nitratwerten. Aus Kostengründen wurde Mitte 2025 der bisher sehr geringe Anteil von Wasser aus dem eigenen Brunnen erhöht. Dadurch ist der Nitratwert im Burghauser Trinkwasser nach Mischung von bisher 12-13 Mikrogramm/Liter auf 16,8 Mikrogramm/Liter angestiegen. Bei einer weiteren Erhöhung dieses Anteils würde sich der Nitratwert noch weiter verschlechtern. Bleibt es bei dieser neuen Mischung oder sollte ihrer Meinung nach zur weiteren Kosteneinsparung der Anteil aus den Burghauser Brunnen weiter erhöht werden?**

Antworten:

6.1 Hr. Niedermeier / UWG

vorerst kein Handlungsbedarf

6.2 Hr. Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Der gesetzliche Grenzwert liegt bei 50 mg/l. Angesichts des verhältnismäßig leicht gestiegenen, aber mit 16,8 mg/l nach wie vor sehr geringem Nitratwert sehe wir hier keinen Handlungsbedarf und vertrauen auf die Einschätzung der Stadtwerke und deren regelmäßigen Überprüfungen des Leitungswassers, des wohl bestgeprüften Lebensmittels in Deutschland. Die Stadtwerke werden in Burghausen als gewinnloser Eigenbetrieb geführt, die Aufwendungen und Ausgaben sollten sich somit ausgleichen. Verluste müssen von der Stadt ausgeglichen werden. Aktuell ist dies beim Wasserwerk der Fall. Wie sich dies in der Zukunft entwickelt, werden wir sehen. Die Anpassung des Mischungsverhältnisses ist aber eine Möglichkeit zukünftige Erhöhungen des Wasserpreises für die Bürger zu vermeiden.

6.3 Hr. Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Die Beimischung der Wassermengen aus den eigenen städtischen Brunnen erfolgt zum einen aus Gründen geringerer Haushaltsmittel, aber auch vor dem Hintergrund zukünftiger Verhandlungen mit dem österreichischen Wasserversorger. Dieser muss man nicht zuletzt aufgrund örtlicher Diskussionen über die langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Hochburg/Ach und Umgebung im Rahmen der Klimaerwärmung unter Umständen eine Reduzierung

der nach Burghausen gelieferten Wassermengen vornehmen oder evtl. deutlich die Preise erhöhen. Man braucht daher nicht mehr Wasser mit höherem Nitratanteil in Burghausen beimischen. Aber auf jeden Fall muss das Ziel sein, die gemeinsam mit der TU München (Prof. Hülsbergen) und den im Wasserschutzprogramm mitwirkenden Landwirten erreichten Werte für Nitrat noch weiter zu senken, um auf die verschiedenen Szenarien vorbereitet zu sein.

6.4 Florian Schneider / SPD

Das jetzt gefundene Mischverhältnis bleibt so bestehen.

6.5 Norbert Stranzinger / CSU

Wie im Werkausschuss und im Stadtrat berichtet, bleibt das Mischungsverhältnis aus derzeitiger Sicht so wie es ist.

- 7 Im Waldfunktionsplan der Region 18 der Bayerischen Forstverwaltung wird die Rolle des Bannwalds für den Immissionsschutz und den Ausgleich von Temperaturextremen in angrenzenden Kommunen explizit für die Stadt Burghausen hervorgehoben. Rodungen im Bannwald nördlich des Güterterminals würden diese Schutz- und Ausgleichswirkungen verringern. Wo sollen, falls diese Waldflächen gerodet werden, Ausgleichsflächen aufgeforstet werden, so dass sie eine gleichartige Schutzwirkung für die Stadt Burghausen haben?**

Antworten:

7.1 Hr. Niedermeier / UWG

Siehe Ausgleichsflächenplanung der Stadt Burghausen

7.2 Hr. Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Der Stadt Burghausen ist es gelungen entsprechende anerkannte Bannwaldausgleichsflächen zu erwerben bzw. anzupachten. Wo diese liegen entzieht sich unserer Kenntnis. Wir vertrauen hierbei jedoch auf die Expertise der Kreisverwaltungsbehörde, in diesem Falle dem Landkreisamt Altötting.

7.3.Hr. Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Ganz klar zeigt der Waldfunktionsplan an, wie dringend notwendig eine Beachtung der Rolle des Bannwaldes nach wie vor ist. Für Burghausen und Umgebung bedeutet dies vor allem eine Schutzfunktion für Luft und Wasser sowie positive klimatische Effekte. Daher ist zuerst darauf zu achten, dass bei den geplanten Bau- und Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende möglichst wenig Eingriffe überhaupt notwendig sind. Beispielsweise sei hier die Größe des Umspannwerks genannt, die bei Berücksichtigung

moderner Isolier-Technik deutlich reduziert werden kann. Kommt es dann zur Rodung von Waldflächen des Bannwalds muss dieser direkt angrenzend wieder aufgeforstet werden. Dabei ist auf klimaresistente Baumarten großer Wert zu legen und dass eine entsprechende Pflege für einen gesicherten und möglichst raschen Aufwuchs erfolgt, so dass die für die Luftreinhaltung und Ökosystemleistungen wichtige Funktion des Bannwaldes für Stadt und Bevölkerung unbedingt so umfassend wie möglich erfolgen kann.

7.4 Florian Schneider / SPD

Entsprechend dem im Waldgesetz vorgesehenen Ausgleich für Bannwald forstet die Stadt Burghausen an den bestehenden Bannwald angrenzende Flächen auf. Ich erwarte bei einer möglichen Rodung im nördlichen Bereich des Terminals keine negativen Auswirkungen auf die Stadt. In meiner Abwägung ist eine Nutzung dieser Flächen für die zukunftssichere Gestaltung der Energieversorgung der Industrie vertretbar. Ein wasserstofffähiges Gaskraftwerk kann das Netz stabilisieren und sog. Dunkelflauten ausgleichen, es ist also ein Bestandteil der Energiewende und leistet einen Beitrag für eine klimaneutrale chemische Industrie. Ein vernünftiger Umgang mit Bannwald braucht eine gute Abwägung bei einer Inanspruchnahme solcher Flächen. Die gute Anbindung an die Infrastruktur (Strom, Gas, Wasserstoff) und an die Industrie sind für mich starke Argumente für diesen Standort im Rahmen einer solchen Abwägung.

7.5 Norbert Stranzinger / CSU

Eine Rodung im genannten Bereich haben aus meiner Sicht keine negativen Auswirkungen auf unsere Stadt. Das Thema Energieversorgung für unseren Standort ist elementar wichtig. Die heimische Industrie braucht ein klares Bekenntnis für eine sichere und preisoptimierte Energieversorgung. Der Bau eines wasserstofffähigen Gaskraftwerkes ist essenziell. Hier gilt es, eine ökologische und ökonomische Abwägung zu treffen. Ich hoffe auch, dass alle Entscheidungsträger an der Stelle schnell handeln, nicht dass wir den Zug verpassen.

8 Eine DAK-Studie für die Landkreise Mühldorf und Altötting belegt, dass auch bei uns Hitze zu einem Gesundheitsproblem wird. Durch welche Maßnahmen werden Sie in der nächsten Amtsperiode versuchen, die Klimaresilienz der Bewohner von Burghausen zu erhöhen, um Gesundheitsprobleme zu vermeiden?

Antworten:

8.1 Hr. Niedermeier / UWG

Grünanlagen, Trinkbrunnen, Bademöglichkeiten – weitgehend vorhanden
Ich sehe hier in Burghausen keinen zwingenden Handlungsbedarf

Hier hilft es oft wenn man sich mal vor Augen führt wo man wohnt und wie groß Burghausen eigentlich ist.

8.2 Hr. Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Hitzeperioden werden in Zukunft eine große Herausforderung für die Stadt darstellen. Ob jedoch die Einrichtung eines sogenannten Klimaboulevards auf einer der Ausfallstraßen – ohne nennenswerte nutzbare öffentliche Aufenthaltsflächen wie etwa Cafés – hierfür die geeignete Lösung ist, erscheint uns fraglich. Öffentliche Trinkwasserbrunnen erscheinen uns als Option die Klimaresilienz Burghausens zu erhöhen. Es kann eine Möglichkeit sein, gerade in viel frequentierten Bereichen der Stadt, z. B. der Burg eine solche Erfrischungsmöglichkeit zu schaffen.

8.2 Hr. Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Wie oben angesprochen gehören Entsiegelungen und Baum- bzw. Gehölzpflanzungen zu den wichtigen Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode. Dabei spielen städtische Flächen eine wichtige Rolle. Wir haben als einzige Fraktion beständig die Weiterentwicklung der Neuen Mitte in Burghausen hin zu einer Schwammstadt unterstützt und befürwortet. Damit kann hier Wasser gespeichert und dann zu den Pflanzen umgeleitet werden. Diese können eine sich immer schneller aufheizende Innenstadt auf natürliche Weise kühlen.

Für Menschen, die unter der Hitze besonders leiden, z.B. ältere Menschen oder Personen in schlecht isolierten Wohnverhältnissen, sollte die Stadt diesbezügliche Informationen zur Verfügung stellen, aber auch ein Angebot bereithalten, sich in kühleren städtischen Gebäuden kostenfrei aufzuhalten zu dürfen. Der Stadtpark und weitere Grünflächen sollten unter dem Aspekt des Hitzeschutzes weiter bepflanzt werden.

Das Gesundheitszentrum im Krankenhausgebäude ist besonders dafür geeignet, medizinische Hilfe in schwierigen Situationen zu leisten.

Weil diese Maßnahmen angesichts der voranschreitenden Klimaerwärmung dringend sind, haben wir dazu ebenso im Kreistag einen Antrag gestellt, damit diese Maßnahmen auch in anderen Städten und Gemeinden verbessert und beachtet werden.

8.3 Florian Schneider / SPD

Die Neustadtgestaltung mit dem Schwammstadt Prinzip (siehe Frage 1 und 3) tragen entscheidend dazu bei, die Stadt gut für den Klimawandel aufzustellen. Auch für die Altstadt möchte ich bei einer besseren finanziellen Lage eine Neugestaltung, die eine gute Aufenthaltsqualität auch bei einem zunehmenden Klimawandel berücksichtigt, umsetzen. Eine besondere Rolle spielen natürlich auch der Stadtpark, der Wörzsee, die Salzach und die vielen weiteren Naturflächen in der Stadt. Entsiegelung, ein guter Umgang mit Wasser, schattenspendende Bäume, eine ausgewogene Mobilität und Aufenthaltsqualität werden uns in der Stadtgestaltung leiten.

8.4 Norbert Stranzinger / CSU

Ich bin der Meinung, dass wir hier nicht so schlecht aufgestellt sind. Mit dem Wörseegebiet, dem Stadtpark, dem Waldpark, dem Salzachareal haben wir Naturoasen mitten in der Stadt. Natürlich gibt es noch einiges an Verbesserungspotenzial. Kleiner Maßnahmen, wie z.B. gezielt Bäume pflanzen sind auch realisierbar. Aber die großen Maßnahmen sehe ich aus Kostengründen die nächsten Jahre nicht.

9 Haushalt (Investitionen): Planen Sie, den Anteil der Ausgaben für Maßnahmen zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt angesichts der angespannten Haushaltslage im Vergleich zum Gesamthaushalt deutlich zu steigern, zu verringern oder gleich zu lassen?

Antworten:

9.1 Niedermeier / UWG

Gleichbleibend

9.2 Hr. Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Angesichts der Haushaltslage müssen alle Projekte und geplanten Investitionen kritisch und ideologiefrei überprüft werden. Dies darf nicht zulasten der Artenvielfalt und des Klimaschutzes geschehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass Ausgaben gekürzt werden müssen. Zugleich sind wir der Überzeugung, dass auch mit geringen Mitteln und mit ehrenamtlicher Tätigkeit viel erreicht werden kann.

9.3 Hr. Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Gerade das Thema der Biodiversität verlangt neben dem Klimaschutz mehr Aufmerksamkeit und mindestens gleichbleibende, idealerweise gesteigerte Ausgaben. Gunter Streb hat als Umweltreferent über viele Jahre gezeigt, dass die konsequente und zielgerichtete Bündelung von Maßnahmen in diesem Bereich ein sehr gutes qualitatives Ergebnis ermöglichen. Daher wäre zunächst das Ziel, mögliche Einsparvorhaben rückgängig zu machen, damit etwa Artenschutzprogramme an Salzach, in Raitenhaslach oder am Wörsee weiter entwickelt werden können, z.B. die Wasserbüffel oder die Tauernschecken. Umgekehrt können andere Ideen dazu beitragen, nicht nur Gelder einzusparen, sondern gleichzeitig positive Effekte beim Klima- und Artenschutz zu erzielen, wie die nun endlich stattfindende Verringerung der Mähintervalle auf städtischen Flächen zeigt. Hier spielt das Umweltamt eine Vorreiterrolle.

9.4 Florian Schneider / SPD

Investitionsmaßnahmen zum Klimaschutz und unter Beachtung der Nachhaltigkeit sind im städtischen Haushalt gerade überproportional enthalten: die Fernwärme, die Neustadtgestaltung, die Sanierung des Hallenbads werden in den nächsten Jahren etwa 70 Mio. Euro kosten – ungefähr 25 Mio. Förderung erhalten wir dabei. Maßnahmen nicht ausschließlich für den Klimaschutz, aber Projekte die Nachhaltigkeit und Klimaschutz immer mitdenken. So wird es auch zukünftig sein, diese Anforderungen werden bei den meisten Projekten mit enthalten sein, sei es Mobilität, Bebauungspläne, Baustandards oder auch ganz klassische Projekte im Bereich Umweltschutz. Unser Umweltamt führt vielfache Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt und für den Umweltschutz (zum Teil gemeinsam mit dem Bund Naturschutz Burghausen) durch. Dies soll auch so bleiben.

9.5 Norbert Stranzinger / CSU

Die gerade aktuelle Realisierung der Fernwärme, die Ertüchtigung des Hallenbades 2026/27, sowie die Neustadtgestaltung verschlingen rund 70 Millionen €. Entgegen zu rechnen sind etwa 25-27 Millionen € aus den jeweiligen Fördertöpfen. Die genannten Maßnahmen zum Klimaschutz bei. Wenn man ehrlich mit dem Thema umgeht, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Haushalt eine Erhöhung es Budgets hergibt.

10 Die Chemieindustrie in unserer Region plant umfangreiche Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050. Im Mittelpunkt steht dabei die Nutzung von CO₂ und Wasserstoff zur Herstellung synthetischer Kohlenwasserstoffe. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat am 8.9.2025 neue Daten zu den Gestehungskosten von grünem Wasserstoff veröffentlicht (*). Die realistischen Kosten (2025) für die Herstellung von grünem Wasserstoff werden mit 9,80 EUR pro kg angegeben. Es wird damit gerechnet, dass diese Kosten bis 2040 auf 7,40 EUR/kg sinken. Auf der Basis eines Preises von 7,40 EUR/kg würde eine kWh Strom aus einem mit Wasserstoff betriebenen GuD Kraftwerk mehr als 40 Cent kosten. Daher wird das geplante GuD Kraftwerk sehr wahrscheinlich bis 2040 und vermutlich weit darüber hinaus mit Erdgas betrieben werden. Dabei werden große Mengen CO₂ emittiert werden, die als Rohstoff für die chemische Industrie genutzt werden könnten. Unterstützen Sie die Forderung, das geplante GuD Kraftwerk mit einer CO₂ Abscheidung auszustatten?

(*) Quelle:

<https://www.energieforschung.de/de/aktuelles/interviews/2025/wasserstoff-gestehungskosten-pichlmaier>

Antworten:

10.1. Niedermeier / UWG

Hier habe ich mir abschließend noch keine Meinung gebildet.

10.2. Hr. Schultheiß / Bürgerliste Burghausen Jetzt

Leider wurde auch unser letztes Kernkraftwerk Isar 2 stillgelegt, obwohl dieses CO² neutrale Energie erzeugt hat und sich zur Überbrückung der Energiewende hin zu Wasserstoff ohne Einschränkung geeignet hätte. Vor allem für Burghausen gilt: Zugang zu günstiger Energie ist gleichzusetzen mit dem Erhalt des Wohlstandes der Stadt und der ganzen Region. Die Errichtung der beiden wasserstofffähigen Gaskraftwerke am Standort in Burghausen hat für uns oberste Priorität. Uns ist klar, dass für einen bestimmten Zeitraum die Kraftwerke mit Erdgas betrieben werden müssen. Eine CO² Abscheidung ist zwar technisch möglich, aber sehr umstritten. Außerdem verschlechtert diese den Wirkungsgrad des Kraftwerks und erhöht die Kosten der Stromerzeugung massiv. Es kann nicht in unserem Interesse liegen bereits jetzt Forderungen zu stellen, die den Betrieb eines Gaskraftwerkes mit neuester Technologie unwirtschaftlich erscheinen lassen.

10.3 Hr. Angstl / Bündnis 90 Die Grünen

Die Grünen haben die geplante Umsetzung zweier Gas-Kraftwerke in Burghausen in der Stadtratsarbeit argumentativ kritisch begleitet und praktisch allein im Stadtrat Burghausen gegen die Ansiedlung in der beabsichtigten Form an dem dafür ausgewiesenen Ort im Bannwaldbereich gestimmt.

Das hierbei von einer Energiefirma geplante GuD-Kraftwerk mit einer CO₂-Abscheidung auszustatten wäre als letzte Möglichkeit einer entsprechenden Kompensation theoretisch denkbar. Rein praktisch gibt es dazu noch weiteren Bedarf einen gesicherten Forschungsstand zu Langfristigkeit, Kosten und Sicherheit zu erreichen, damit vor Ort eine sichere Umsetzung erfolgen kann. Mitbedacht werden muss z.B. der zusätzliche energetische Aufwand für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung des Kohlendioxids. Zudem kann es bei Leckagen zur Verunreinigung von Grundwasser und Boden führen, wenn schädliche Stoffe im Untergrund freigesetzt werden. Diese zu bedenkenden Herausforderungen führen unabdingbar zur Notwendigkeit eines Monitorings der Folgen. Hierfür gibt es allerdings derzeit weder die erforderlichen Überwachungstechniken noch eine bundesweite unterirdische Raumordnung. Daher stellen wir nicht zuletzt die Notwendigkeit eines GuD-Kraftwerkes in Burghausen auf der dafür angedachten Bannwaldfläche in Frage, zumal die Firma Wacker selbst in der Lage dazu ist, den benötigten Dampf zu erzeugen, mittel- und langfristig auch durch große Wärmepumpen. Sollte ein Peaker-Kraftwerk trotz eines möglichen Ausbaus von Großspeichern sowie der gelieferten Menge grünen Stroms über die neue 380kv-Leitung und weiterer Energieverbünde nicht vermeidbar sein, treten wir für die Ansiedlung auf den nun freien Gewerbeblächen in Gendorf/ Burgkirchen ein, wo in Pirach ebenso ein Einspeisepunkt besteht. Damit würde Bannwald in Burghausen geschont.

10.4 Florian Schneider / SPD

Es gibt eine Vielzahl von Studien zur möglichen Kostenentwicklung von grünem Wasserstoff, die alle mit Unsicherheiten behaftet sind. Es besteht jedoch weitgehend Einigkeit darüber, dass Wasserstoff in Regionen mit hohem Angebot an PV- oder Windstrom deutlich kostengünstiger produziert werden kann und inkl. Transportkosten deutliche Kostenvorteile gegenüber in Deutschland hergestelltem Wasserstoff aufweisen wird.

Und auch in der zitierten FfE Studie wird auf die Bedeutung günstigen Stroms für die Wasserstoffproduktion in Deutschland hingewiesen („Gleichzeitig bleiben die Stromkosten auf lange Sicht der größte Kostenbestandteil.“

https://www.ffe.de/wp-content/uploads/2025/07/Discussion_Paper-Investitionskosten_Elektrolyse-2.pdf). Ein günstiger wettbewerbsfähiger Industriestrompreis - unabhängig von den Kosten für Wasserstoff - ist für unsere Region ein zentrales Element für die Zukunftsfähigkeit.

Zudem gibt es die „Carbon Contracts for Difference (CCfD)“ (Differenzverträge), die den Kraftwerksbetreibern vereinfacht ausgedrückt die Mehrkosten eines wasserstoffbetriebenen Gaskraftwerks im Vergleich zu einem konventionellen Erdgaskraftwerk ausgleichen.

Diese Argumente sprechen für eine frühere geplante Umstellung auf Wasserstoff (s. Kraftwerksstrategie der Bundesregierung) und damit erscheint eine Forderung nach einer CO₂-Abscheidung (zusätzlich zu den bekannten Nachteilen wie z.B. Energieverbrauch, Platzbedarf, Lock-in-Effekt, technische Verfügbarkeit) als weniger sinnvoll.

Die politische Entwicklung und die aktuellen Diskussionen um die Verfügbarkeit und die Kosten von Wasserstoff sind gerade in dieser Thematik eng zu verfolgen.

10.5 Norbert Stranzinger / CSU

Wie schon gesagt, ein wettbewerbsfähiger Strompreis für die Industrie in unserer Region ist von extrem hoher Bedeutung. (auch zur Sicherung der Arbeitsplätze).

Wir als Stadtrat haben im Entscheidungsprozess wenig Handlungsspielraum. Wir können die unterschiedlichen Projekte unterstützen und unbürokratische Hilfestellung geben. An der Stelle wünsche ich mir, dass die Planungen und Genehmigungsprozesse zeitnah zu einem Ergebnis führen.